

# Linden: Linke verlassen das Aktionsbündnis

Partei erhebt schwere Vorwürfe gegen GAL-Politiker – Warten auf das Bürgerbegehren

**Innenstadt.** Bröckelt das Aktionsbündnis zum Erhalt der 48 Winterlinden an der Untertrave, noch bevor das Bürgerbegehren startet? Die Linke hat das Bündnis jetzt mit einem Paukenschlag verlassen und erhebt schwere Vorwürfe gegen Politiker der GAL.

„Die Vernunft ist an blindem Aktionismus gescheitert“, kritisiert Sascha Luetkens, einer von zwei Parteivorsitzenden der Linken. Am Mittwochabend haben sich die Mitsreiter getroffen, um an dem Text des Bürgerbegehrens zu feilen. Die Baumfreunde müssten die Folgen eines Bürgerbegehrens ehrlich benennen. Luetkens:

„Wer für den vollständigen Erhalt der Linden stimmt, stimmt gegen den Umbau der Untertrave.“ Die Linken hätten den Eindruck, dass es den „Parteivertretern der GAL weniger um die Bäume als um Selbstdarstellung geht“. Bürgerbegehren seien kein „Spielplatz für Eitelkeiten“, bemerkt Ragnar Lüttke, Bürgerschaftsmitglied der Linken. Die Partei hätte gerne den Kompromissvorschlag von Bausenator Franz-Peter Boden (SPD) aufgegriffen, statt der geplanten 60 Perlschnurbäume beispielsweise Obstbäume anzupflanzen, erklärt Katjana Zunft, Kreisvorsitzende der Partei.

„Die Vorwürfe sind an den Haaren herbeigezogen“, kontert die GAL-Fraktionsvorsitzende Antje Jansen. Die GAL-Politiker im Bündnis, zu denen neben Jansen Katja Mentz und Jens Schulz zählen, würden den Bürgern helfen, sich aber nicht profilieren. Die Linken hätten nie richtig dazugehört, sagt Jansen, „denn die wollten ja immer einen Kompromiss“. Die GAL aber will die Linden erhalten. Das soll in die Planung des Untertrave-Umbaus einfließen.

Der Start des vom Aktionsbündnis beschlossenen Bürgerbegehrens lässt weiter auf sich warten. Das Bündnis

braucht von der Bauverwaltung eine Kostenschätzung, wie teuer die Umplanung bei Berücksichtigung der Linden wird. Diese Schätzung sollte Dienstag vorliegen. Das hat die Verwaltung nicht geschafft. Nach Angaben der GAL-Politikerin Mentz will die Verwaltung in Kürze Zahlen vorlegen. Anschließend legt das Bündnis den endgültigen Text des Begehrens sowie die Kostenschätzung der Kieler Kommunalaufsicht vor. Voraussichtlich in der nächsten Woche wird das Begehren gestartet. Die Baumfreunde müssen dann bis Mitte September 7000 bis 8000 Unterschriften sammeln. *dor*